

Stand: 04.07.2025 04:07:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/9

"Bestimmung der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche - Art. 49 der Bayerischen Verfassung"

Vorgangsverlauf:

1. Mitteilung 15/9 vom 14.10.2003
2. Beschluss des Plenums 15/10 vom 14.10.2003
3. Plenarprotokoll Nr. 3 vom 14.10.2003

Mitteilung

Bestimmung der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche - Art. 49 der Bayerischen Verfassung

Nach Art. 49 der Verfassung hat der Ministerpräsident die Zahl und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) wie folgt bestimmt:

1. Die Geschäfte der Staatsregierung werden in neun Geschäftsbereiche (Staatsministerien) aufgeteilt:
 - Staatsministerium des Innern
 - Staatsministerium der Justiz
 - Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
 - Staatsministerium für Unterricht und Kultus
 - Staatsministerium der Finanzen
 - Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
 - Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
 - Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
 - Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
2. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie erhält aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen folgende Angelegenheiten:
 - die Raumordnung und die Landesplanung
 - die Koordinierung aller die Landesentwicklung betreffenden Planungen

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie erhält entsprechend dem Aufgabentransfer künftig die Bezeichnung „Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie“.

Das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen wird mit dem Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz zusammengelegt. Das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz trägt künftig die Bezeichnung „Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“.

3. Die Staatskanzlei erhält die Aufgabe:
 - Reform der staatlichen Verwaltung und Deregulierung
4. In Abweichung von der gegenwärtigen Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) werden ferner
 - die Angelegenheiten der Informations- und Kommunikationspolitik und -technologie sowie der Telekommunikation von der Staatskanzlei auf das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie,
 - die Angelegenheiten des Nationalparks Bayerischer Wald vom Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten auf das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutzverlagert.
5. Ferner werden dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern neu zugewiesen:
 - Grundsatzangelegenheiten des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung
6. Die Aufgaben der Staatskanzlei werden wie folgt präzisiert:
 - Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
 - Koordination der Führungsbildung einschließlich des Lehrgangs für Verwaltungsführung

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Bestätigung der vom Ministerpräsidenten bestimmten Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche - Art. 49 der Bayerischen Verfassung

Die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) wird gem. Art. 49 der Bayerischen Verfassung bestätigt.

Danach werden die Geschäfte der Staatsregierung in folgende neun Geschäftsbereiche aufgeteilt:

- Staatsministerium des Innern
- Staatsministerium der Justiz
- Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
- Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Staatsministerium der Finanzen
- Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
- Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
- Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
- Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie erhält aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen folgende Angelegenheiten:

- die Raumordnung und die Landesplanung
- die Koordinierung aller die Landesentwicklung betreffenden Planungen

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie erhält entsprechend dem Aufgabenübergang künftig die Bezeichnung „Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie“.

Das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen wird mit dem Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz zusammengelegt. Das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz trägt künftig die Bezeichnung „Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“.

Die Staatskanzlei erhält die Aufgabe:

- Reform der staatlichen Verwaltung und Deregulierung

In Abweichung von der gegenwärtigen Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) werden ferner

- die Angelegenheiten der Informations- und Kommunikationspolitik und -technologie sowie der Telekommunikation von der Staatskanzlei auf das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie,
- die Angelegenheiten des Nationalparks Bayerischer Wald vom Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten auf das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

verlagert.

Ferner werden dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern neu zugewiesen:

- Grundsatzangelegenheiten des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung

Die Aufgaben der Staatskanzlei werden wie folgt präzisiert:

- Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
- Koordination der Führungsbildung einschließlich des Lehrgangs für Verwaltungsführung

Der Präsident:

Alois Glück

(Beginn: 11.34 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um ein Totengedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 10. Oktober ist Herr Erwin Seitz im Alter von 75 Jahren verstorben. Er gehörte dem Landtag von 1970 bis 1994 an und vertrat für die CSU den Stimmkreis Kaufbeuren. Er war Landwirt und engagierte sich in besonderer Weise im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, aber ebenso im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Neben seiner Arbeit als Landespolitiker hat er als Kommunalpolitiker, aber auch als langjähriger Präsident des Bayerischen Bauernverbandes die Entwicklung des ländlichen Raumes und die der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten mitgestaltet.

Seine letzten sechs Jahre verliefen in einem Grenzbe- reich des Lebens, von dem wir wenig wissen. Im Dezember 1997 hat Erwin Seitz nach einem gesundheitlichen Zusammenbruch nur noch ein Leben im Koma führen können. Wir wissen über eine solche Lebenssituation wenig, aber mir ist unvergessen, dass seine Frau bei gelegentlichen Telefongesprächen immer wieder gesagt hat: „Er reagiert, wenn ich ihm etwas aus der Zeitung vorlese oder ihm etwas erzähle.“ Es handelt sich um Grenzsituationen des Lebens, mit denen wir im Zuge der Entwicklung der Medizin immer mehr befasst werden und bei denen wir um ethische Grundsatzentscheidungen nicht herumkommen.

Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren des Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

In der Diplomatenloge begrüße ich herzlich das langjäh- rige Kabinettsmitglied Hans Zehetmair, der über viele Jahre Stellvertreter des Ministerpräsidenten war.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Bestätigung der vom Ministerpräsidenten bestimmten Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) – Artikel 49 der Bayerischen Verfassung

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Herr Präsi- dent, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Nach Artikel 49 der Bayerischen Verfassung bestimmt der

Ministerpräsident die Zahl der Geschäftsbereiche der Staatsregierung. Er legt auch ihre Abgrenzung fest.

Hinsichtlich der Zahl der Geschäftsbereiche treffe ich fol- gende Bestimmungen:

Erstens. Die Geschäfte der Staatsregierung werden in neun Geschäftsbereiche aufgeteilt. Es sind dies:

das Staatsministerium des Innern,
das Staatsministerium der Justiz,
das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst,
das Staatsministerium für Unterricht und Kultus,
das Staatsministerium der Finanzen,
das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Ver- kehr und Technologie,
das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Ver- braucherschutz,
das Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten,
das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Zweitens. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Infra- struktur, Verkehr und Technologie erhält aus dem Geschäftsbereich des bisherigen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen folgende Angele- genheiten:

die Raumordnung und die Landesplanung;
die Koordinierung aller die Landesentwicklung berühren- den Planungen.

In Abweichung von der gegenwärtigen Abgrenzung der Geschäftsbereiche werden ferner die Angelegenheiten der Informations- und Kommunikationspolitik und -tech- nologie sowie der Telekommunikation von der Staats- kanzlei in das Staatsministerium für Wirtschaft, Infra- struktur, Verkehr und Technologie verlagert.

Drittens. Das bisherige Staatsministerium für Landesent- wicklung und Umweltfragen wird mit dem bisherigen Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Ver- braucherschutz zusammengelegt. Im neuen Ministerium werden die Zuständigkeiten für den Nationalpark Bayeri- scher Wald und den Nationalpark Berchtesgaden zusammengefasst.

Viertens. Die Staatskanzlei erhält die Aufgabe der Reform der staatlichen Verwaltung und Deregulierung.

Die Aufgaben der Staatskanzlei werden wie folgt präzi- siert:

Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregie- rung,
Koordination der Führungsfortbildung einschließlich des Lehrgangs für Verwaltungsführung.

Fünftens. Dem Geschäftsbereich des Staatsministeri- ums des Innern werden die Grundsatzangelegenheiten des Einsatzes der Informations- und Kommunikations- technik in der Verwaltung neu zugewiesen.

Die von mir vorgenommene Festlegung der Ressorts begründe ich wie folgt:

Erstens. Zur Zuweisung der Aufgaben der Landesentwicklung zum Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie:

Die Rahmenbedingungen für die Landesentwicklung haben sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Regionalisierung verändert sich der Fokus der Landesentwicklung. Wirtschaftspolitische Fragen der Landesentwicklung überwiegen die umweltpolitischen Gesichtspunkte.

Durch die Übertragung der Kompetenz für die Landesplanung und Raumordnung einschließlich deren Koordinierung auf das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie verzahnen sich Wirtschaftspolitik und Landesentwicklung enger miteinander.

Die Übertragung der Kompetenzen für die Informations- und Kommunikationstechnologie und die Telekommunikation von der Staatskanzlei auf das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie bündelt die Angelegenheiten der Technologie und der Telekommunikation einschließlich der Fragen der Ansiedlungspolitik von IT-Unternehmen und des Standortmarketings wieder in einer Hand und entlastet damit die Staatskanzlei für ihre Koordinierungsfunktionen.

Die Erweiterung des Geschäftsbereichs lässt ein Infrastrukturministerium entstehen, das die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns sichert und Wachstum und Beschäftigung in Bayern stärkt.

Zweitens. Das Ziel der Zusammenlegung des bisherigen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen mit dem bisherigen Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz zum neuen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sind Einsparungs- und Synergieeffekte. Das ist ein Teil der umfassenden Verwaltungsreform, die im Ministerialbereich beginnt und alle Ebenen erfassen wird. Dazu zählt zum Beispiel auch die Zusammenlegung der Zuständigkeiten für die Nationalparks in einer Hand.

Drittens. Der Entscheidung, die Staatskanzlei mit der Reform der staatlichen Verwaltung und der Deregulierung zu betrauen, liegen folgende Überlegungen zugrunde: Alle Staatsaufgaben werden auf den Prüfstand gestellt mit dem Ziel, der Freiheit des Einzelnen und der unternehmerischen Initiative mehr Spielraum zu geben. Bereits in den letzten Jahren hat die Staatsregierung in 1 500 Behörden der staatlichen Verwaltung einschließlich aller Ministerien die Verwaltungsstrukturen gestrafft. Bis Ende des Jahres 2007 werden insgesamt 12 600 Stellen in der staatlichen Verwaltung abgebaut. Aufgaben des Staates sind weggefallen, delegiert oder privatisiert worden.

Der Staat muss sich noch viel deutlicher als bisher auf seine Kernaufgaben beschränken, Aufgaben in der Staatsverwaltung abbauen und seine Dienstleistungsqualität steigern. Der Umbau der staatlichen Verwaltung und die Deregulierung können nur zentral von der Staatskanzlei aus ressortübergreifend geleitet und koordiniert werden.

In der Mediengesellschaft wird die Staatsregierung zunehmend auch als Einheit wahrgenommen. Deshalb kommt der Koordination der Öffentlichkeitsarbeit eine zunehmende Bedeutung zu. Die wachsende Rolle der Massenmedien, der Ausbau moderner Informations- und Kommunikationstechniken sowie die Entwicklung neuer Informationsdienste stellen an die Erfüllung dieser Aufgabe hohe Anforderungen. Ich habe daher entschieden, die Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit als eigene Angelegenheit dem Kompetenzbereich der Staatskanzlei zuzuweisen.

Ein handlungsfähiger und starker Staat muss sich auf eine leistungsfähige Verwaltung stützen. Bei der Verwaltungsreform geht es daher nicht nur um Quantität, sondern auch um die Förderung der Qualität durch Fortbildung. Für eine moderne leistungsfähige Verwaltung gewinnt die ressortübergreifende Führungskräftefortbildung mehr und mehr an Bedeutung. Diese Aufgaben sollen durch die Zuweisung an die Staatskanzlei ein eigenständiges Gewicht erhalten.

Viertens. Das Thema e-Government ist zunehmend ein wichtiger Faktor im internationalen und nationalen Standortwettbewerb. Um Bayern hier eine führende Rolle zu sichern, hat die Staatsregierung eine e-Government-Initiative gestartet. Kernstück dieser Initiative ist die Vereinheitlichung der verwaltungsinternen Strukturen der Informations- und Kommunikationstechnik für eine Online-Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Hierfür wird die strategische Fach- und Entscheidungskompetenz in der Informations- und Kommunikationstechnik im Staatsministerium des Innern zusammengefasst. Es verfügt mit seinem breiten Unterbau an Behörden über die größte Erfahrung in der Online-Verwaltung. Es hält engen Kontakt mit den Verwaltungen der Gemeinden und der Gemeindeverbände und kann die Vereinheitlichung der verwaltungsinternen Informations- und Kommunikationsstrukturen sicherstellen.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, dazu den nach Artikel 49 Satz 2 der Bayerischen Verfassung erforderlichen Beschluss des Landtags herbeizuführen.

Lassen Sie mich aber vorher noch auf weitere Änderungen eingehen, die nicht der Bestätigung durch den Landtag nach Artikel 49 der Verfassung bedürfen. Die in der Staatskanzlei angesiedelten Bundes- und Europaangelegenheiten sind von allergrößter Bedeutung für die politische Wahrnehmung bayerischer Belange. Ich informiere das Hohe Haus darüber, dass dem Leiter der Staatskanzlei die Bundesangelegenheiten zusätzlich übertragen werden. Als Sonderminister erhält er zugleich die Aufgabe, eine ressortübergreifende Verwaltungsreform durchzuführen. Die Wahrnehmung der Europaangelegenheiten und die Pflege der regionalen Beziehungen Bayerns übernimmt ein Sonderminister in der Staatskanzlei.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, die Zahl und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche sind

dargestellt worden. Ich eröffne hierzu die Aussprache. Eine besondere Redezeitvereinbarung ist nicht getroffen worden. Danach gilt zunächst eine Redezeit von 15 Minuten. Auf Antrag kann sie auf 45 Minuten verlängert werden. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab in der vergangenen Woche viele gute Gründe, Herrn Stoiber zum Ministerpräsidenten wiederzuwählen. Ein guter Grund war zum Beispiel das Wahlergebnis, zu dem ich Ihnen als Oppositionsführer auch an dieser Stelle noch einmal gratuliere. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass die Kolleginnen und Kollegen der CSU Ihnen, Herr Stoiber, ihre Stimme gegeben haben.

Es gab aber auch viele gute Gründe, Sie nicht als Ministerpräsident wiederzuwählen. Wir werden darüber im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung – also dort, wo es hingehört – die Argumente und Positionen austauschen. Wir werden uns in jedem Fall konstruktiv an dieser Diskussion mit eigenen Vorschlägen beteiligen.

Eine erste Startchance ist natürlich immer die Präsentation des neuen Kabinetts und die jetzt vorgelegte neue Ressortverteilung, zu der ich einige Bemerkungen machen möchte. An diese neue Ressortverteilung sind große Erwartungen und Hoffnungen geknüpft worden. Ein wahrer Medienrummel wurde in den letzten Wochen darüber entfacht. Jetzt macht sich, so meine ich, doch ein wenig Ernüchterung und auch Enttäuschung breit – nach dem Motto: Das war aber viel Lärm um nichts oder zumindest um nicht sehr viel. „Alter Wein in neuen Schläuchen“ – so habe ich es schon irgendwo gelesen – wäre noch eine freundliche Formulierung.

Ich habe hier nicht die Aufgabe, Ihre Entscheidung zu zensieren oder oberlehrerhaft zu kritisieren. Ich möchte aber doch einige Bemerkungen zum Gesamtbild machen. Das Gesamtbild heißt bei mir als Fazit: Eine verpasste große Chance. Das will ich auch gerne begründen.

(Beifall bei der SPD)

Erstens. Der Bayerische Ministerpräsident hat – jetzt muss man sagen hatte – die einmalige Gelegenheit, ein Kabinett in Größe, Struktur und Zuordnung frei von Rücksichten auf oder Konzessionen an Koalitionspartner zu bilden. Wer ist in Deutschland noch in dieser beneidenswerten Lage?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Diese Gelegenheit, frei von Rücksichtnahmen auf einen Koalitionspartner das Vernünftige vorzuschlagen und zu tun, wurde aber vertan.

(Beifall bei der SPD)

Der größte und meiner Meinung nach auch unverzeihliche Fehler besteht darin, dass die Ihnen vom Bürger und von der Bürgerin zugestandene Höchstgrenze für die

Zahl der Kabinettsmitglieder wirklich bis zum Äußersten voll ausgeschöpft worden ist.

Muss wirklich schon am Beginn einer neuen Legislaturperiode vonseiten der Regierung das Signal der Maßlosigkeit gesetzt werden? Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Angesichts wachsender Verdrossenheit der Menschen über Politik und Parteien, die wir alle gemeinsam bedauern, kann ich gerade das nicht nachvollziehen. Verfassungsmäßige Höchstgrenze, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf doch nicht der Normalfall sein, sondern ist der Extremfall, nämlich die Höchstgrenze, die man im besonderen Notfall ausschöpfen muss. Aber das ist nicht die von Bürgerinnen und Bürgern vorgeschlagene Normalgröße eines bayerischen Landeskabinetts. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Oder um es anders zu formulieren: Trotz leerer Kassen und wachsender Haushaltsprobleme schöpft man aus dem Vollen.

Wie will ich es denn begründen, meine Damen und Herren, um nur ein Beispiel an dieser Stelle zu nennen, dass der Finanzminister jetzt einen Staatssekretär erhält, ohne den er nach Ihrer Überzeugung fünf Jahre lang blendend ausgekommen ist?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was soll der Mann denn tun? Fünf Jahre lang haben Sie Herrn Falthäuser beste Arbeitsleistungen bescheinigt und beste Zeugnisse ausgestellt, ihm allein. Ich habe nicht gehört, dass der Geschäftsbereich des Finanzministeriums jetzt entscheidend erweitert worden wäre. Welche neue Aufgabe haben Sie denn dem Finanzminister zugeordnet? Ich weiß nicht, ob ich alles mitbekommen habe, ich habe nichts gehört. Was soll der neue Mann denn tun? War Herr Falthäuser nicht in der Lage, die Arbeit alleine zu bewältigen, oder was ist der Grund für diese Maßnahme, die der Bürger bezahlen muss? Der einzige Grund ist die Versorgungsmentalität, das Versorgungsdenken und die Rücksichtnahme auf innerparteiliche Erfordernisse.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist der einzige Grund dafür, dass man eine neue Position schafft, die überflüssig ist, die, wie wir alle gesehen haben, fünf Jahre lang vollständig entbehrlich gewesen ist. Vielleicht bekomme ich ja noch eine Begründung nachgeliefert, warum der neue Mann jetzt erforderlich ist.

(Zurufe von der CSU)

Ich gönne doch jedem so ein Amt.

Zweitens. Unmittelbar vor der Landtagswahl – fünf Tage, um es exakt zu sagen –, nämlich am 16. 09. 2003 hat der Herr Ministerpräsident eine Änderung des Bayerischen

Ministergesetzes vorgeschlagen. Er hat vorgeschlagen, zum Beispiel die Pensionsregelungen zu verändern, und er hat das – wie ich finde richtigerweise – mit der Notwendigkeit begründet, dass die Bürgerinnen und Bürger sehen müssen, dass sich bei allgemeinen Sparzwängen und Kürzungen auch die Politik, auch die Regierungen so verhalten. Wenn man so etwas überraschenderweise fünf Tage vor einer Landtagswahl ankündigt, obwohl man jahrelang vorher Zeit gehabt hätte, exakt das zu tun, was man fünf Tage vor der Landtagswahl angekündigt hat, dann hätte ich zumindest erwartet, dass man dann, wenn man ein neues Kabinett bildet, das Angekündigte für dieses neue Kabinett auch vorher verwirklicht, dass man also nicht ein neues Kabinett auf Versorgungs- und Pensionsansprüchen bildet, die man selber fünf Tage vor der Landtagswahl noch als überzogen bezeichnet hat. Was soll denn das für ein Signal an die Menschen draußen sein,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

vor der Wahl zu sagen, wir sparen und wir beschränken uns und nach der Wahl packt man das alles wieder ein und vereidigt auf der Basis einer Entschädigungsregelung und eines Ministergesetzes, das man selber vor der Landtagswahl als falsch bezeichnet und für falsch erklärt hat? Ich glaube, dass das keine vernünftige und Vertrauen erweckende Botschaft in Richtung der Menschen ist.

Dritter Punkt. Ich mache diese Bemerkungen in diese Richtung vor allem deshalb, weil die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten ein klares und wie ich finde erfreuliches Bekenntnis zur Staatsvereinfachung und zum Bürokratieabbau in Bayern enthält oder zumindest enthalten sollte.

Wir begrüßen, dass dieses Thema in der Staatskanzlei jetzt endlich angegangen wird. Ich begrüße das deshalb, weil wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten viele Bürokratieabbaukommissionen erlebt haben, eine davon sogar unter Leitung von Herrn Huber, die aber allesamt außer heißer Luft nichts gebracht haben. Nichts.

(Zuruf von der CSU)

– Ja, ich weiß, wir können das diskutieren. Es hat nichts gebracht. Es gab viele Kommissionen, und die Bürokratie ist immer mehr gewuchert und immer überbordender geworden. Ich freue mich, dass Sie das erkennen und ändern wollen. Aber wenn man das tut, dann muss man schon bei der eigenen Ressortverteilung und bei der eigenen Regierungsgestaltung anfangen. Dann muss man die Treppe von oben kehren. Bürokratie- und Staatsvereinfachung beginnt oben beim Wasserkopf. Da darf man nicht aus dem Vollen schöpfen und sich dann mit einer überzogen großen Regierung an die kleinen Staatsbeamten wenden und sagen: Bei euch muss jetzt eingespart und eingeschränkt werden. Das ist auch aus meiner Sicht ein falsches Signal.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vierter Punkt. Nun wird ein merkwürdiges Ministerium wieder abgeschafft: das Verbraucherschutzministerium.

Ich erinnere mich haargenau an den Tag, als es eingeführt wurde und vom Bayerischen Ministerpräsidenten höchstpersönlich als staatspolitische Großtat hier in diesem Hause gefeiert wurde. Das ist noch gar nicht lange her. Es war auf dem Höhepunkt der BSE-Krise und erkennbar entstanden aus der Unfähigkeit, mit dieser Krise vonseiten der Staatsregierung vernünftig umzugehen. Man musste ein Signal senden, so unpassend es auch gewesen sein mag. Es musste ein neues Ministerium her, koste es was es wolle, im wörtlichen Sinne. Man hat diese Kosten verursacht, hat gemerkt, dass die Opposition doch Recht hatte und hat jetzt klammheimlich ein Ministerium abgeschafft, das in der Tat überflüssig war wie ein Kropf und mehr Durcheinander angerichtet als Klarheit und Nutzen für den Bürger gestiftet hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen das. Aber dann kann man doch auch einmal sagen: Wir haben einen Fehler gemacht, den wir jetzt korrigieren. Es muss doch nicht immer alles gleich eine staatspolitische Meisterleistung und Großtat sein. Das verlangt doch auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident, niemand. Auch Sie können einmal einen Fehler machen. Und es ehrt übrigens Menschen, die Fehler machen, wenn sie es nachher zugeben. Das tue ich auch.

(Beifall bei der SPD)

Nun hat man dieses Ministerium Gott sei Dank wieder einkassiert. Ich würde gerne mal nachrechnen, was uns das unter dem Strich alles gekostet hat. Ich weiß nicht, warum diese Expedition ins Verbraucherschutzministerium so notwendig gewesen ist. Aber sei es drum, es ist wieder korrigiert.

Von einer Umressortierung mit einigem Mut, die man an einem solchen Tag erwartet hätte, ist wenig zu finden. Wie ist es zum Beispiel mit der Kinderbetreuung? – Gehören die Kindertagesstätten tatsächlich in das Sozialministerium, oder sind sie – wie nach unserem Verständnis – eine Bildungseinrichtung und wären deshalb im Kultusministerium besser angesiedelt?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Entscheidung darüber steht mir nicht zu; das müssen Sie entscheiden. Ich halte es aber für berechtigt, diese Frage aufzuwerfen, weil sich dahinter eine gesellschaftliche und eine politische Konzeption verbirgt, und das wiederum interessiert alle Menschen; denn es hat Auswirkungen, wo welche Aufgabe ressortiert wird. Es hat Auswirkungen, ob man die Landesplanung im Wirtschafts- oder Umweltministerium ressortiert. Das kann eine klare politische Botschaft sein. Darüber müssen wir uns unterhalten, wenn dazu die Gelegenheit ist, nämlich bei der Regierungserklärung: Was bedeutet diese Ressortierung? Was bedeutet es, das Gesundheitsressort ins Umweltministerium zu geben und nicht ins Arbeits- und Sozialministerium? Was bedeutet das inhaltlich und politisch? – Das sind die spannenden Diskussionen, die wir dann miteinander führen müssen. Ich hoffe dann auf ein ehrliches Wort von den Fachministerinnen und Fach-

ministern in der Debatte dazu, wie sie das sehen. Frau Stewens, es freut mich, wenn Sie nicken, aber es wäre von anderer Qualität, wenn Sie sich hier herstellen und darüber sprechen würden. Das würde uns vielleicht auch einer Lösung näher bringen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich glaube, dass das eine mutlose Entscheidung war, die dem Proporzdenken geschuldet ist. Wir kommen noch darauf zu sprechen, wenn es um die einzelnen Damen und Herren geht, die jetzt in den Minister- oder Staatssekretärsrang aufrücken oder darin bestätigt werden. Ich glaube, dass man es durchspielen kann, warum Herr Bocklet sein Amt verloren hat. Das geschah doch nicht, weil er ein schlechter Europaminister war, sondern aus Gründen, die man zwar mit staatsmännischen, wohlklingenden Worten beschreiben kann, die aber sehr simpel und einfach sind. Darüber sprechen wir dann, wenn es um die einzelnen Kabinettsmitglieder geht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Ehe ich die nächste Wortmeldung aufrufe, erlaube ich mir, einen Kollegen aus der letzten Legislaturperiode zu begrüßen, den ich gerade auf der Besuchertribüne sehe. Er konnte zum Ende der letzten Legislaturperiode wegen schwerer Krankheit nicht mehr hier sein. Ich begrüße Kollegen Sebastian Kuchenbaur. Wir freuen uns sehr, dass Sie hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben uns Ihre Entscheidungen über die Aufteilung der Geschäfte der Staatsregierung in Geschäftsbereiche mitgeteilt und sie begründet. Sie haben auch ausgeführt, dass die Reform der Staatsverwaltung und die Deregulierung ein Schwerpunkt Ihrer Arbeit in den nächsten Jahren sein werden. Doch bereits heute bleiben Sie mit der von Ihnen bestimmten Aufteilung der Geschäftsbereiche weit hinter diesem Ziel zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie uns hier vorgestellt haben, ist weder sparsam, noch ist es effizient, noch lässt es sich in allen Punkten von der Sache her begründen. Mit 17 Kabinettsmitgliedern reizen Sie die Verfassung wieder einmal voll aus. Kollege Maget hat es schon ausgeführt: Dies ist kein Zeichen von Sparsamkeit, ist kein Zeichen von Effizienz. Sie gehen wieder voll an die Grenze dessen, was Ihnen die Verfassung erlaubt. Das ist mit Blick auf die zukünftigen Aufgaben kein gutes Signal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Zusammenlegung zweier Ministerien zu einem, die Sie uns hier als Großtat und als Effizienzmaßnahme

verkaufen, machen Sie nur wett, was Sie vor einigen Jahren falsch gemacht haben. Das ist die Berichtigung eines Fehlers. Das ist keineswegs eine Großtat. Dennoch: Wir haben es damals schon für falsch gehalten, dass Sie dieses Ministerium aus dem Boden gestampft haben, und haben seine Abschaffung gefordert. Dass Sie diesen Fehler jetzt bereinigen, ist sicher richtig.

In der Zusammenschau all dessen, was Sie uns hier vorlegen, wird uns GRÜNE eines ganz besonders deutlich: Der große Verlierer dieser Kabinettsbildung und dieser Aufteilung der Geschäftsbereiche ist die Umwelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der große Gewinner – Herr Wiesheu, das wird Sie freuen – ist die Wirtschaft, ist die Wirtschaftspolitik. Sie ordnen alles, was Sie tun, dem Primat der Wirtschaftspolitik unter. Sie ordnen alles, was Sie tun, kurzatmigem Profitdenken unter. Sie erkennen nicht, was die Herausforderungen der Zukunft sind, weder in unserem Land noch im nationalen, geschweige denn im internationalen Kontext.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie sagen, ist geradezu entlarvend, und Sie haben Ihre Ausführungen gegenüber dem, was Sie uns gestern Abend geschickt haben, noch verschärft. Sie sagen hier ganz deutlich – was wir seit Jahren kritisieren und bemängeln –: Wirtschaftspolitische Fragen überwiegen nunmehr umweltpolitische Gesichtspunkte. Damit leisten Sie hier einen Offenbarungseid. Sie können sich wohl vorstellen, dass das die Front ist, an der wir GRÜNE kämpfen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Herausforderung für die Zukunft wäre, endlich Ökologie und Wirtschaft zusammenzudenken. Das packen Sie überhaupt nicht an, sondern Sie gehen mit dieser Strukturierung weit hinter das zurück, was wir auch in Bayern schon erreicht haben. Sie fassen Umwelt und Verbraucherschutz in dem Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zusammen. Ich habe schon gesagt, dass dies in die richtige Richtung geht. Es geht aber längst nicht weit genug. Was ist mit der Landwirtschaft? – Auch die Landwirtschaft würde in dieses Ministerium gehören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre für die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft in Bayern wichtig. Es wäre für die Förderung der ökologischen Landwirtschaft in Bayern wichtig; es wäre für den Verbraucherschutz wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Wir sehen es alle: Im Bund und auch in verschiedenen Bundesländern macht man gute Erfahrungen mit dieser Struktur.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch und Lachen bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

– Ihre Äußerungen bestätigen mich geradezu; ich danke Ihnen. –

Eines stimmt uns überaus bedenklich. Das ist die Eingliederung der Landesplanung und der Landesentwicklung in das Wirtschaftsministerium. Das zeigt, wie und wo Sie die Prioritäten für die Zukunft setzen und dass Sie immer noch nicht verstanden haben, wie wichtig gerade diese Bereiche für die zukünftige Entwicklung unseres Landes sind. Ich erinnere an die Debatten über die Factory Outlet Centers, die Einkaufszentren auf den grünen Wiesen, die wir hier in diesem Hause geführt haben, an die Diskussionen über das neue Landesentwicklungsprogramm; ich erinnere an all die Unzulänglichkeiten, mit denen wir uns in diesem Zusammenhang herumschlagen mussten, an den Lobbyismus, an Ihr Einknicken vor kurzfristigem Profitdenken, vor den Wirtschaftsinteressen einzelner Unternehmen, das wir in den letzten Jahren zur Kenntnis nehmen mussten. Sie setzen mit dieser Strukturierung nun genau diese Linie fort. Es ist zu befürchten, dass Sie damit ganz Bayern zum Gewerbepark machen werden.

Sie fallen damit auf den Stand von 1973 zurück. Schon damals war es so, bevor wir überhaupt ein Umweltministerium hatten, dessen Sie sich immer so rühmen. Sie fallen auf den damaligen Stand zurück. Sie bringen die Landesplanungspolitik wieder in die Wirtschaftspolitik und ordnen sie ihr unter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns wird dabei angst und bange. Sie wissen: Bayern hat den größten Flächenverbrauch aller Bundesländer. Ein Umdenken können wir nicht erkennen. Die Naturzerstörung wird in Bayern weitergehen. Dies ist sicherlich kein gutes Signal für die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gesagt, dass Ihre Aufteilung der Geschäftsbereiche nicht effizient sei. Dies zeigt sich auch bei einem Ressort, das ein Schlüsselressort für unsere Zukunft ist, nämlich der Bildung. Bildung gehört in eine Hand. Dies beginnt bei der Vorschule und der Schule und reicht über die Hochschulen bis hin zur Erwachsenenbildung. Diese Felder gehören in ein Ministerium. Deshalb wäre es richtig und sinnvoll gewesen, das Wissenschaftsministerium und das Kultusministerium zusammenzulegen und auch die Zuständigkeiten für den vorschulischen Bereich dort einzugliedern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Öffentlichkeit wurde lange über den Leiter der Staatskanzlei bzw. über den Zuschnitt der Aufgaben des Staatsministers in der Staatskanzlei spekuliert. Hier gab es große Erwartungen. Ich muss sagen: Die Wirklichkeit bleibt weit hinter dem zurück, was uns in der Öffentlichkeit versprochen wurde. Herausgekommen ist kein „Superminister“, sondern ein „Sonderminister“. Die Son-

deraufgaben, die dieser Minister erhalten hat, geben uns sehr zu denken. Dass Bayern nach 40 Jahren CSU-Regierung einen Deregulierungsminister braucht, überrascht uns GRÜNE überhaupt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte das geradezu für ein Armutszeugnis Ihrer Regierungszeit. Jetzt müssen Sie mit einem eigenen Minister das einreißen, was Sie über 40 Jahre aufgebaut haben. Ich kann Ihnen dabei nur viel Erfolg wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die eigentliche Aufgabe dieses „Sonderministers“ ist aber eine andere. Das zeigt, dass Deregulierung wie Sie sie verstehen, eigentlich Zentralisierung bedeutet. Sie ziehen immer mehr Aufgaben und Kompetenzen in die Staatskanzlei. Dieser „Sonderminister“ – so blumig und schwammig seine Aufgabenbeschreibung ist, die Sie soeben dargelegt haben – wird natürlich eine wichtige Rolle in diesem Kabinett spielen. Er wird zur Disziplinierung der ganzen Mann- und Frauschaft herhalten müssen.

Was uns jedoch mehr zu denken gibt, ist die Zuweisung der Öffentlichkeitsarbeit an die Staatskanzlei. Für uns ist es klar, dass die gesamte Politik künftig von der Staatskanzlei aus dirigiert wird. Das ist geradezu ein „Maulkorb“ für alle übrigen Minister. Meine Damen und Herren, Sie sollten sich vielleicht überlegen, ob Sie unter diesen Voraussetzungen überhaupt Minister werden wollen, wenn Sie nicht einmal Ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit betreiben dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen guten Führungsstil zeichnet aus, dass man seinen Mitarbeitern und den Mitarbeitenden Kompetenzen und Eigenständigkeit zubilligt. In Bayern erleben wir das glatte Gegenteil. Die Außendarstellung wird den Staatsministerien künftig verwehrt sein. Das ist ein deutlicher Eingriff in das Ressortprinzip. Das ist nicht der Weg, um eine effiziente Regierung zu organisieren und zu einer Verwaltungsvereinfachung zu kommen.

Insgesamt lässt sich feststellen: Durch mutigere Entscheidungen bei der Aufteilung der Geschäftsbereiche entlang der selbst gesteckten Ziele, zum Beispiel durch die Einsparung des Landwirtschaftsministers, durch die Einsparung des Wissenschaftsministers und durch die Einsparung des Deregulierungsministers hätten Sie, Herr Ministerpräsident, sparen können. Sie hätten auch mehr Effizienz in Ihre Ministerriege bringen können. Außerdem hätten Sie durch die Einsparung dieser Männer gleichzeitig intelligent und elegant den Frauenanteil unter Ihren Ministern steigern können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen Zielen standen jedoch das Versorgungsdenken und der Regionalproporz entgegen. Herr Ministerpräsident, Sie haben sich diese Chance entgehen lassen. Wir werden deshalb dieser Aufteilung nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Kollege Herrmann.

Joachim Herrmann (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hat gespürt, wie beeindruckt das Hohe Haus von diesen Pflichtübungen der Opposition war.

(Beifall bei der CSU)

Hinsichtlich der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Staatsregierung müssen wir uns zunächst einmal bewusst sein, dass es in unserer modernen, schnelllebigen Zeit ganz natürlich ist, die Abgrenzung der Geschäftsbereiche immer wieder neu zu überprüfen. Jedes Wirtschaftsunternehmen macht das heute ganz selbstverständlich. Die Unternehmen überprüfen immer wieder, in jedem Jahr, ob sie in der Wirtschaft und auf dem Markt optimal ausgerichtet sind, wo die neuen Herausforderungen liegen und ob sie Zuständigkeiten neu abgrenzen oder Kompetenzen in einem Unternehmensvorstand neu verteilen müssen. Deshalb ist es ganz natürlich, selbstverständlich und geboten, dass an der Spitze eines Landes auch die Zuständigkeiten der Ministerien immer wieder neu überprüft werden müssen. Wir müssen sehen, wo neue politische Schwerpunkte entstanden sind und wo sich neue Aufgabenfelder abzeichnen. Danach ist zu prüfen, welches die beste Abgrenzung zwischen den Ressorts ist und wie wir uns den Herausforderungen am besten stellen können.

Ich denke, dass der Ministerpräsident mit seinem Konzept einen überzeugenden Vorschlag unterbreitet hat. Herr Maget, Sie haben das Thema „Verbraucherschutzministerium“ angesprochen. Als sich die BSE-Krise vor drei Jahren zugespitzt hat, standen wir in Bayern natürlich vor ganz besonderen Problemen. Damals wurde rasch entschieden, auf die BSE-Krise mit der Einrichtung eines besonderen Ministeriums zu reagieren. In diesem Ministerium wurden die Zuständigkeiten für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz zusammengefasst. Wir wollten mit dieser Entscheidung dafür sorgen, dass die Menschen in unserem Land wieder Vertrauen in die Lebensmittel, die zum Beispiel in der bäuerlichen Landwirtschaft produziert werden, gewinnen und dieses Vertrauen behalten können. Bayern sollte auch weiterhin Lieferant von Spitzenprodukten bei den Lebensmitteln sein.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Ministerium hat seinen Auftrag erfüllt.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Gerade im Hinblick auf das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher war es richtig, das Thema „Lebensmittelherstellung durch die Landwirte“ von den Themen „Lebensmittelkontrolle, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit“ zu trennen. Diese Trennung hat sich bewährt und ist auch für die Zukunft sinnvoll. Deshalb macht es keinen Sinn, diese Themen wieder zusammen-

zulegen. Vielmehr sollten wir – wenn wir kein eigenständiges Ministerium schaffen, sondern Ministerien einsparen wollen – diese Aufgabe mit dem Umweltschutz zusammenfassen. Nach meiner Überzeugung macht es deshalb Sinn, den Umweltschutz, den Verbraucherschutz, die Lebensmittelsicherheit und die Gesundheit in einem neuen Ressort zusammenzuführen. Ich bin sicher, dass dies auch im Interesse der Menschen in unserem Land ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch Folgendes hinzufügen: Eine Auflösung des Landwirtschaftsministeriums kommt für die CSU nicht in Betracht.

(Beifall bei der CSU)

Dass Sie diesen Vorschlag heute wieder in die Diskussion geworfen haben, zeigt, dass Sie zur Landwirtschaft in Bayern und zum Berufsstand unserer Bäuerinnen und Bauern nach wie vor überhaupt keinen Bezug haben. Das wussten die Bäuerinnen und Bauern am 21. September bei Ihrer Wahlentscheidung.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum Thema „Umressortierung der Landesplanung“. Liebe Frau Kollegin Gote, wenn es für die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion einen Primat gibt, ist es das Thema „Abbau der Arbeitslosigkeit und Schaffung neuer Arbeitsplätze“.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist in der Tat – so sehe ich es jedenfalls – in Zukunft auch das Thema „Regionalplanung, Landesplanung“ in erster Linie unter dem Gesichtspunkt zu sehen, wie können wir dafür sorgen, dass auch in den noch strukturschwächeren Regionen die wirtschaftliche Dynamik zunimmt, neue Arbeitsplätze entstehen und die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Ich halte es für richtig und legitim, die Landesplanung speziell diesem Thema zuzuordnen.

(Beifall bei der CSU)

Ansonsten mache ich kein Hehl daraus, dass sich aus meiner Sicht gerade bei der Regionalplanung einiger Stoff für Entbürokratisierung, Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung anbietet und dass wir uns deshalb auch in dieser Hinsicht in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren mit dem Thema intensiv beschäftigen werden.

(Beifall bei der CSU)

Überhaupt nicht nachvollziehen kann ich Ihre Überlegung, die Ministerien für Unterricht und Kultus sowie für Wissenschaft, Forschung und Kunst zusammenzufassen. Wir befinden uns hier im Kernbereich föderaler, eigener Zuständigkeit. Unterricht und Kultus bzw. unsere Schulen sind der Bereich, wo der Bund – ich sage: Gott sei Dank – überhaupt nichts mitzureden hat und wo wir

über die volle legislative Zuständigkeit verfügen, die wir in Bayern vorbildlich ausüben und die wir – die Pisa-Studie hat es gezeigt – auch in den letzten Jahrzehnten erfolgreich ausgeübt haben.

(Beifall bei der CSU)

Hinsichtlich Wissenschaft und Forschung ist es in der Tat unser Bestreben, noch mehr Zuständigkeiten auf Landesebene zurückzuholen. Es ist ein ganz wesentlicher Punkt in unseren Zielsetzungen in der Föderalismus-Kommission, dass wir das Hochschulrahmengesetz so weit wie möglich zurückschrauben, womöglich sogar abschaffen, dass wir den Umfang der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau reduzieren und dass wir so viele der ureigensten Landeszuständigkeiten wie möglich bei Hochschule und Wissenschaft erhalten, weil dieser Bereich letztlich eines der wichtigsten Zukunftsfelder in unserem Land überhaupt ist. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass es dafür weiterhin ein eigenes Ressort gibt.

Ich halte es auch für richtig, dass die Staatskanzlei ein Stück weit die zentrale Steuerung der Verwaltungsreform übernimmt. Damit übernimmt sie nicht die fachliche Zuständigkeit für die Themen als solche, aber es ist wichtig, dass wir mit dem Thema „Entbürokratisierung, Deregulierung, Verwaltungsvereinfachung“ sehr zügig, schnell und tatkräftig voranschreiten. Die Henzler-Kommission hat sehr gute Vorarbeit geleistet, aber es liegt noch sehr viel Arbeit vor uns. Es wird viel zu tun geben bei der Verwaltungsvereinfachung, was weit über die Themen der Henzler-Kommission hinausgeht. Es geht um die Reform der ureigenen staatlichen Verwaltung auch in Bereichen, die nichts mit der Wirtschaft zu tun haben. Wir müssen auch im öffentlichen Dienst einsparen. All das wird uns in den nächsten Monaten und Jahren intensiv beschäftigen. Deshalb ist es sinnvoll, die Themen vonseiten der Staatskanzlei gemeinsam zu steuern, natürlich in enger Abstimmung mit allen Ressorts.

Nachdem Sie in diesem Zusammenhang auch die Medien- und PR-Arbeit angesprochen haben, möchte ich kurz auf einige Zahlen hinweisen: Der Etat der Staatskanzlei für Medienbetreuung umfasst im laufenden Haushaltsjahr gerade einmal 3,5 Millionen € und 34 Mitarbeiter. Der Etat des Bundespresseamtes umfasst in diesem Jahr 130 Millionen € und 600 Mitarbeiter. Das ist die PR-Arbeit der Bundesregierung in Berlin.

(Beifall bei der CSU)

Man braucht sich das nur anzusehen. Sie reden gern von der großen Staatskanzlei, aber allein das Bundespresseamt in Berlin ist zwei- bis dreimal so groß wie die ganze Staatskanzlei in München. Das ist die Realität. In Berlin können Sie erst einmal jede Menge einsparen. Wenn Sie das getan haben, können Sie sich hier wieder melden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Mein letztes Thema ist die Größe des Kabinetts. Lieber Herr Kollege Maget, Ihre Art der Argumentation zu diesem Thema fand ich fast ein bisschen unfair. Sie wissen

sehr genau, dass es Zeiten gab, in denen das bayerische Kabinett wesentlich größer war als heute – 22 Mitglieder oder mehr. Im Rahmen der Verfassungsreform haben wir uns vor fünf Jahren darauf verständigt, dass in Zukunft eine Gesamtzahl von 18 Personen – der Ministerpräsident und 17 weitere Kabinettsmitglieder – in der Verfassung verankert wird. Die Worte „bis zu“ so auszuliegen, als ob das die Obergrenze für Notlagen oder dergleichen sei, ist geradezu absurd.

(Beifall bei der CSU)

Was die Bezahlung dieser Minister bzw. ihre Versorgung anbetrifft, werden wir uns in allernächster Zeit – der Herr Ministerpräsident hat es angekündigt – mit einer Vorlage zur Änderung des Ministergesetzes befassen.

Auch hier will ich sagen: Zeigen Sie uns erst einmal die Bundesländer, die in diesem Bereich sparsamer verfahren; vom Bund will ich gar nicht reden. Auch was die Zahl der Kabinettsmitglieder und die Glaubwürdigkeit von Aussagen von Rot und Grün zu diesem Thema angeht, will ich abschließend auf den Bund hinweisen. Am Ende der Amtszeit der Regierung Kohl hat die Bundesregierung 15 Bundesminister, zwei Staatsminister im Auswärtigen Amt und 45 Staatssekretäre umfasst. Ich habe noch gut im Ohr, wie Gerhard Schröder vor der Bundestagswahl 1998 erklärt hat, das Kabinett ist viel zu groß und aufgebläht, wir werden das ändern, da muss eingespart werden usw.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung umfasst heute 13 Bundesminister und vier Staatsminister; das sind wieder 17 Minister. Aus den 45 Staatssekretären – 21 Parlamentarische und 24 beamtete – zur Zeit von Helmut Kohl sind nach intensiven Einsparungen durch Bundeskanzler Schröder heute 48 Staatssekretäre geworden. So sehen Einsparungen aus, wenn Rot-Grün regiert. Deshalb – lieber Herr Kollege Maget, seien Sie mir nicht böse – kann ich solche Ausführungen, wie Sie und Frau Kollegin Gote sie zu diesem Thema gemacht haben, nicht besonders ernst nehmen. Ich denke, mit dem vorliegenden Konzept hat unser Ministerpräsident eine überzeugende, glaubwürdige Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche vorgelegt, die zeigt, dass wir wieder einmal auf der Höhe der Zeit sind im Interesse der Menschen in Bayern. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Konzept.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Nach Artikel 49 der Bayerischen Verfassung bedarf die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Bestätigung durch den Bayerischen Landtag. Im Einzelnen finden Sie die vom Ministerpräsidenten getroffenen Festlegungen auf der Ihnen vorliegenden Drucksache Nummer 15/9. Hierüber lasse ich abstimmen.

Wer der vom Ministerpräsidenten bestimmten Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der

CSU. Gegenstimmen? – Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit mit der Mehrheit der CSU beschlossen.

Damit bestätigt der Landtag die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche. Der Tagesordnungspunkt 1 ist abgeschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2

Zustimmung zur Berufung der Kabinettsmitglieder sowie zur Bestimmung der Stellvertreterin bzw. des Stellvertreters des Ministerpräsidenten – Artikel 45 und 46 der Bayerischen Verfassung

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Zu Mitgliedern der Staatsregierung für diese Legislaturperiode berufe ich:

zum Leiter der Staatskanzlei und zum Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform Herrn Erwin Huber, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatsminister in der Staatskanzlei für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen Herrn Eberhard Sinner, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatsminister des Innern Herrn Dr. Günther Beckstein, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zur Staatsministerin der Justiz Frau Dr. Beate Merk; noch Oberbürgermeisterin von Neu-Ulm;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Herrn Dr. Thomas Goppel, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zur Staatsministerin für Unterricht und Kultus Frau Monika Hohlmeier, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatsminister der Finanzen Herrn Professor Dr. Kurt Fallthäuser, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Herrn Dr. Otto Wiesheu, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Herrn Dr. Werner Schnappauf, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten Herrn Josef Miller, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zur Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen Frau Christa Stewens, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

Weiter berufe ich:

zum Staatssekretär im Staatsministerium des Innern Herrn Georg Schmid, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatssekretär im Staatsministerium für Unterricht und Kultus Herrn Karl Freller, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatssekretär im Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Herrn Hans Spitzner, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatssekretär im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen Herrn Jürgen W. Heike, Mitglied des Bayerischen Landtags;

(Beifall bei der CSU)

zur Staatssekretärin im Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Frau Emilia Müller, noch Mitglied des Europäischen Parlaments;

(Beifall bei der CSU)

zum Staatssekretär im Staatsministerium der Finanzen Herrn Franz Meyer, Mitglied des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei der CSU)

Zu meinem Stellvertreter bestimme ich gemäß Artikel 46 der Bayerischen Verfassung den Staatsminister des Innern, Herrn Dr. Günther Beckstein.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte das Hohe Haus um die Zustimmung zu diesen Vorschlägen.

Außerdem möchte ich den Landtag noch über Folgen des informieren:

Frau Staatsministerin Christa Stewens bleibt die Frauenbeauftragte der Staatsregierung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch ein Wort des Dankes an alle Kabinettsmitglieder, die in den letzten fünf Jahren mit ihrem persönlichen Einsatz die Arbeit der Staatsregierung getragen haben. Nicht zuletzt der überragende Vertrauensbeweis bei der Landtagswahl zeigt, welche Wertschätzung ihr Einsatz und ihr Engagement für Bayern bei den Bürgerinnen und Bürgern genießt. Aber, meine Damen und Herren, politische Mandate sind stets Mandate auf Zeit. Das neue Kabinett kann auf den Leistungen der Staatsregierung in der letzten Legislaturperiode und auf dem erworbenen Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger aufbauen. Allen Kabinettsmitgliedern bin ich persönlich zu großem Dank verpflichtet.

Ich danke insbesondere denen, die dem neuen Kabinett nicht mehr angehören werden: Frau Staatssekretärin Erika Görlitz, Herrn Staatssekretär Hermann Regensburger, Herrn Staatsminister Dr. Manfred Weiß, Herrn Staatsminister Reinhold Bocklet und Herrn Staatsminister Hans Zehetmair. Alle ausscheidenden Kabinettsmitglieder haben ihren Anteil am politischen Erfolg Bayerns.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Ihnen ist es mit zu verdanken, dass Bayern – darüber haben wir in den letzten Wochen und Monaten sehr viel geredet – im Vergleich mit anderen Regionen und Ländern in fast allen Belangen mit an der Spitze steht. Alle ausscheidenden Kabinettsmitglieder haben sich – zum Teil über mehrere Legislaturperioden hinweg – große Verdienste um unser Gemeinwesen erworben. Sie haben Bayern mitgestaltet.

Persönlich und namens der Staatsregierung spreche ich ihnen Dank und Anerkennung aus. Ich schließe in meinen Dank auch die Ehepartner und Familien ein, weil ich weiß, wie wichtig das Verständnis und die Unterstützung aus dem persönlichen Umfeld sind. Ich wünsche den Kabinettsmitgliedern, die ich nicht wieder berufen habe, persönlich und für ihre politische Arbeit alles Gute.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, vor dem Kabinett liegen große Aufgaben, die ich vor einer Woche von dieser Stelle aus knapp skizziert habe. Deutschland und der Freistaat Bayern stehen vor den größten Herausforderungen und Reformaufgaben seit ihrer Gründung. Im Bewusstsein dieser Zäsur bitte ich das Hohe Haus, die Arbeit der neuen Staatsregierung mit Ideen und Vorschlägen zum Wohle unseres Landes zu begleiten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe Ihnen die Zusammensetzung der neuen Staatsregierung vorgetragen. Ich bitte Sie, Herr Präsident, dazu die Entscheidung des Hohen Hauses herbeizuführen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne die Aussprache. Bezüglich der Redezeit gilt die vorher bekannt gegebene Regelung. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es steht mir nicht zu, die Qualifizierung der einzelnen Kabinettsmitglieder vorzunehmen oder zu werten. Ich will auch das nicht tun – obwohl ich mich auf den neuen Gesundheitsminister Dr. Schnappauf „sehr freue“ –; denn schließlich hat jeder Einzelne eine Chance verdient sich zu bewähren, und diese Chance steht ihm auch in diesem Hause zu.

Eine Vorbemerkung: Herr Kollege Herrmann, Sie mussten gleich zweimal den Bund bemühen, als Sie die Größe des bayerischen Kabinetts verteidigt haben. Ich finde es verräterisch, dass Sie nicht den Vergleich mit den Bundesländern gewählt haben; denn von der Eigenständigkeit Bayerns als Nation habe ich in der Ressortverteilung durch den Ministerpräsidenten nichts gehört. Noch sind wir nicht soweit. Ich meine, man muss Vergleichbares vergleichen.

Es war die Rede von Gewinnern und Verlierern. Darüber möchte ich einige Bemerkungen machen. Der eigentliche Verlierer der Kabinettsumbildung ist Herr Huber; denn er wurde nicht „umgebildet“.

(Heiterkeit bei der SPD)

Er hat das Problem, dass er bleiben muss, was er nicht bleiben wollte. Zu gerne wäre er endlich „Staatsmann“ geworden – vielleicht Finanzminister. Jetzt aber ist er nicht mehr nur „Hausmeister“ in der Staatskanzlei. Er wird auch noch „Infanteriemeister“ gegen die uneinnehmbare Festung in Berlin. Er stellt sich als Parteisolddat dieser Aufgabe.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Christ (CSU))

Vielleicht tröstet Sie, Herr Huber, die verbale Anstrengung, die der Ministerpräsident für Sie unternommen hat. Immerhin ist von einer „Aufgabe von allergrößter Bedeutung“ die Rede, für die wir Ihnen viel Erfolg wünschen.

Herr Faltlhauser darf im Amt des Finanzministers bleiben. Er bekommt sogar noch einen Helfer dazu. Dabei machen Sie einen so frischen Eindruck, gar nicht altersschwach.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Dass Sie zusätzlich Hilfe brauchen, erstaunt. Auch das wird funktionieren und sicherlich einer höheren Regel unterliegen.

Was soll man zu Herrn Bocklet sagen, außer dass ich Ihnen durchaus gerne die europapolitische Kompetenz bescheinigen möchte. Das haben wir in der Vergangenheit von diesem Platz aus auch immer getan. Es waren gute europapolitische Diskussionen, die wir geführt haben. Dass Sie mit der Opposition vernünftig zusam-

mengearbeitet haben, soll niemandem zum Nachteil und zum Schaden gereichen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Also fragt man sich: Warum, nach welchen Regeln geht das Spiel, welches Prinzip steckt eigentlich hinter dieser Kabinettsbildung? Die politischen Absichten, die man hier verkündet und die der Herr Ministerpräsident hier vorgetragen hat, klingen staatsmännisch und wohl abgewogen. Die Wahrheit ist aber doch sehr viel einfacher, vielleicht nicht so wohlklingend, vielleicht mag sie primitiv erscheinen, aber sie ist einfach.

Beginnen wir in Unterfranken: Herr Sinner ist nun einmal Minister, Unterfranken muss weiter mitspielen dürfen, zumindest zu einem Siebzehntel. Sinner muss bleiben; das Ministerium ist überflüssig wie ein Kropf, man muss etwas unternehmen. Ein Anderer aus Unterfranken, der geeignet wäre, steht offenbar nicht zur Verfügung, also muss neu verteilt und versorgt werden. Man verschiebt ihn, und Bocklet muss gehen; er hat Pech, er ist kein Unterfranke.

(Lachen bei der SPD)

Vielleicht tröstet sie, dass das der Grund sein könnte.

Gehen wir weiter nach Oberfranken: Ein Siebzehntel ist dann doch zu wenig, ein zusätzlicher Staatssekretär muss es mindestens sein. Ich freue mich persönlich wegen unserer guten Verbindung und gratuliere Ihnen, Herr Heike. Zum Glück sind Sie Oberfranke. Das hat sich als bedeutsam herausgestellt.

Herr Weiß darf gehen müssen, weil Mittelfranken immerhin nicht nur den stellvertretenden Ministerpräsidenten stellt, sondern auch den Fraktionsvorsitzenden bekommen hat und vielleicht sogar noch ein hohes Parteiamt den Mittelfranken zusteht. Also kann man auf Herrn Weiß verzichten.

Ich habe bisher keine fachliche Entscheidung erkennen können. – Oder können Sie sie nennen, Herr Weiß? – Sie sind jetzt vielleicht der falsche Ansprechpartner, das gebe ich gerne zu. Das Prinzip bei der Vergabe von Führungsaufgaben in diesem Freistaat Bayern muss man beschreiben. Das ist doch nicht das Prinzip der Fachlichkeit, Herr Bocklet, sondern der Versorgungsmentalität,

(Beifall bei der SPD)

die hier zum Ausdruck kommt und die mit Händen zu greifen ist. Man könnte sich dazu bekennen, wenn es wirklich ein fairer Regionalproporz wäre. Nicht einmal das ist es. An verschiedene Regierungsbezirke wird eben nur das Mindeste vergeben, und der große Rest wird in meinem schönen Oberbayern verteilt, leider nicht durch mich.

(Heiterkeit)

Die Oberpfalz hat nur einen Staatssekretär, das reicht nicht aus; man muss einen zweiten finden und findet ihn

nicht unter 12 Fraktionsmitgliedern der CSU aus der Oberpfalz. Der Posten muss von außen besetzt werden. So geht das weiter.

Dann kommt bei Ihnen leider immer noch zuletzt – bei uns normalerweise nicht – das Thema Frauen: 4 von 17 – das wurde vermeldet und habe ich gelesen – seien ein Rekord. Traurig, aber wahr: 4 von 17, das sind weniger als 25%. Sie können auch hier gerne den Vergleich mit der Bundesregierung, den Sie so gerne anstellen, oder mit anderen Landesregierungen vornehmen; so etwas gibt es nirgendwo sonst in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage nicht, dass mehr Frauen im Kabinett die Politik unbedingt besser machen würden, aber weniger auch nicht.

Mehr Frauen in der Politik und in Führungsaufgaben: Das hat einen ganz anderen Hintergrund, nämlich die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an Führungsaufgaben in der Politik und in der Wirtschaft.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

– Ich bin mittlerweile in einer Minderheit in meinem Fraktionsvorstand, Herr Ach. Ich weiß, wovon ich rede. Das wünsche ich Ihnen nicht, Herr Kollege Ach.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU)

Wir wollen nicht übertreiben, sondern wir wollen die faire und gerechte –

(Unruhe)

– Das wird ein heißer Nachhauseweg.

Eine faire und gerechte Beteiligung der Frauen in Führungsaufgaben, auch in der Politik, ist das zentrale Thema. Da erweist sich die Rückständigkeit in Ihrer Frauenpolitik und in Ihrem Frauenbild.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Für die Frauen in der CSU-Fraktion muss das eine gehörige Watsch'n sein,

(Beifall bei der SPD)

dass man sagt: Wir müssen den Frauenanteil im Kabinett zwar steigern, aber unter euch ist keine, die dafür geeignet wäre. Das sitzt, meine Damen und Herren.

Das zeigt übrigens auch die Verantwortung, die wir in der Politik haben, was die Rekrutierung von politischem Personal betrifft. Es müssen mehr Frauen und mehr fachkompetente Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft werden.

Herr Ministerpräsident, es ist Ihre Entscheidung, die gilt es zu respektieren. Wir erlauben uns hier lediglich kritische Anmerkungen, die sein müssen. Im Übrigen bieten wir Ihnen selbstverständlich wie in der Vergangenheit an, zwar kritisch aber kollegial zusammenzuarbeiten.

Das gilt ausdrücklich auch für alle neuen Mitglieder des neuen bayerischen Kabinetts. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Dürr. Redezeitverlängerung ist beantragt.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Manchmal muss man sich schon wundern, wie in Bayern Politik gemacht wird. Ein Kabinett zusammenzustellen, ist scheinbar eine „last minute“-Arbeit. Ich gebe zu, bei der Auswahl fiel mir das auch schwer, das muss ich ehrlich sagen.

Herr Ministerpräsident, es ist doch Ihre Fraktion, die hier sitzt. Wenn nicht einmal Sie aus denen, die hier sitzen, 17 halbwegs präsentable Köpfe finden –

(Widerspruch bei der CSU)

– Hat er Sie gefunden oder nicht?

Offensichtlich ist eine Zweidrittelmehrheit noch nicht genug. Ihr hättet noch mehr gebraucht. Vielleicht hätte er dann etwas gefunden.

Nach den Kriterien für die Kabinettsbildung muss man nicht lange suchen; Kollege Maget hat es schon angesprochen. Es sind genau zwei Kriterien: einmal der Regionalproporz innerhalb der CSU und zweitens die Tauglichkeit für den Angriff gegen die Bundesregierung. Dem Drängen der Parteibezirke mussten Sie, Herr Ministerpräsident, nachgeben, um den Rücken frei für den Kampf gegen Berlin zu haben, den Sie sich vorgenommen haben. Es ging nicht um Kompetenz für das jeweilige Amt. Die „Augsburger Allgemeine“ schrieb gestern noch ganz treuherzig: „Wie immer geht es gleichermaßen um Kompetenz und Proporz.“

Bezeichnenderweise fällt ihr danach zur Kompetenz aber nichts ein.

Dafür fällt ihr etwas zum Proporz ein, der zulasten der Kompetenz geht. Es heißt nämlich weiter: „Weil die übrigen Ministerien offenbar schon verteilt sind, steht nun ausgerechnet ein ausgewiesener Fachmann zur Disposition, der bisherige Europaminister Reinhold Bocklet.“ Dem geht es wie dem bisherigen Justizminister. Über den weiß der „Donau Kurier“:

Manfred Weiß war in Stoibers Umfeld vorgehalten worden, er habe sein Amt zu brav geführt. Der Ministerpräsident schätze quirligere Untergebene, die sich auch in der Öffentlichkeit gut zu verkaufen wüssten.

Dann wird auch noch das Beispiel seines Vorgängers genannt; der habe sich auch auf der bundespolitischen Bühne publikumswirksam in Szene setzen können. Später Ruhm, Kollege Sauter. Das kann man nämlich wirklich behaupten. Ich denke da an den Sommer 1999, als Sie sich nicht entlassen lassen wollten. Da haben Sie

sich und Ihren Chef wirklich bundesweit und publikumswirksam in Szene gesetzt.

Die Münchner „Abendzeitung“ wusste wieder einmal früher Bescheid. Sie kommentierte schon letzte Woche unter dem Titel „Superminister – Ministerpräsident Stoibers Pläne für Berlin. Stoiber will eine Art Gegenregierung zu Rot-Grün in Berlin aufstellen.“ – Ich zitiere weiter: – „Seine Minister werden zu Superministern, die dem Bundeskabinett Paroli bieten sollen. Und er selbst, der Superministerpräsident mit Supermehrheit wird zum Gegenkanzler.“ – Aber dafür, Herr Ministerpräsident, wurden Sie nicht gewählt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen wollen wissen, wie es in Bayern weitergeht; was sie nicht wollen ist die dritte Neuauflage des von Ihnen verlorenen Bundestagswahlkampfes.

Wie geht es nun in Bayern weiter? Schauen wir uns das Superkabinett einmal genauer an. Herr Ministerpräsident, Sie haben angekündigt, das Kabinett werde jünger und weiblicher. Für mich sind das aber noch keinerlei Qualitätskriterien. Mir würde es schon genügen, wenn das neue Kabinett besser wäre als das alte. Schauen wir aber einmal, ob Sie mit Ihrer Kabinettsbildung wenigstens Ihren Maßstäben gerecht geworden sind. Der „Münchner Merkur“ hat Anfang des Jahres über das alte bayerische Kabinett geschrieben – ich grüße Kollegen Zehetmair –:

Ansturm auf das Austragshäusl. Der CSU fehlt das Spitzenpersonal; junge Kandidaten sehen alt aus.

Der „Münchner Merkur“ weiter:

Das Durchschnittsalter bayerischer Würdenträger nähert sich dem Zenit eines kommunistischen Zentralkomitees.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Was hat sich beim jetzigen Vorschlag im Unterschied zum Kabinett von 1998 eigentlich geändert? Alle, die bisher schon im Kabinett waren, Herr Ministerpräsident, einschließlich Sie selbst, sind fünf Jahre älter geworden. Das macht zusammen 55 Jahre. Das entspricht in etwa dem Durchschnittsalter eines Durchschnittsministers von der CSU.

Der Altersdurchschnitt des Kabinetts von 1998 lag bei 51 Jahren. Heute liegt er bei 54. Ist das jetzt also jünger? – Ich glaube, jünger ist das Kabinett nicht geworden.

Stimmt es dann aber wenigstens, dass das Kabinett weiblicher geworden ist? – Also wir wissen schon lange, dass in der CSU die Politik ein Männerberuf ist.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

– Wie schwierig es in Ihrer Landtagsfraktion ist, Kollege Ach, eine ministrable Frau zu finden, hat der Ministerpräsident gerade selbst gemerkt; „ge-Merkt“ hat er es. 1993 haben Sie, Herr Ministerpräsident, vier Frauen in Ihr

Kabinetten berufen, ebenso 1994 und 1998. Heute sind es ebenfalls vier Frauen. Wenn mich nicht alles täuscht, sind das also ungefähr genauso viel wie 1998, 1994 und 1993.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Jetzt frage ich einmal die fähigen Frauen meiner Fraktion, ob das Kabinetten nur deshalb schon weiblicher ist, weil nicht eine Frau weniger drin ist? Ist es dann schon weiblicher? Immerhin – und das ist schon eine tolle Leistung – dürfen die wenigen Frauen, die in der CSU etwas werden durften, wenigstens im Kabinetten Karriere machen. Während in Ihrem Kabinetten I von 1993, Herr Ministerpräsident, noch keine Frau Ministerin werden durfte, waren es in Ihrem Kabinetten II von 1994 immerhin zwei Frauen, und jetzt sind es sogar schon drei. Das ist ein wirklicher Fortschritt, den wir begrüßen.

Sonst ist das in Bayern nämlich nicht so. Hier fehlt es überall an beruflichen Chancen für Frauen. Bayern liegt auf diesem Gebiet weit hinten. Bayerns Hochschulen sind zum Beispiel nach wie vor ein reiner Herrenklub. Wenn ich mir den neuen Wissenschaftsminister Goppel ansehe, dann war dessen Vorgänger, Kollege Zehetmair, im Vergleich zu ihm ein echter Frauenverstehrer.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Kollege Zehetmair hat den Anteil an Professorinnen, mit dem unser Land in Europa den letzten Platz belegt, wenigstens gehalten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben im September letzten Jahres erklärt, Sie wüssten von Ihren Töchtern, was junge Frauen heute wollen – noch ein Frauenverstehrer –: „Sie wollen Partnerschaft; viele von ihnen wollen auch Kinder, aber sie wollen auch ihren Beruf ausüben.“ Und dann weiter – das können wir nur unterschreiben –: „Arbeitswelt und Familie müssen neu ins Gleichgewicht gebracht werden.“ Jetzt, Herr Ministerpräsident, sollten Sie aber auch dafür sorgen, dass Ihre Minister gefälligst entsprechend handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Berufliche Chancen für Frauen sind eine der großen politischen Aufgaben, die in Bayern seit Jahren auf eine Lösung warten. Wie sieht es mit den anderen Aufgaben aus? Was können wir da vom neuen Kabinetten erwarten?

Für die Wirtschaftspolitik ist leider derselbe verantwortlich, der schon bisher weder verhindern konnte, dass Bayerns wirtschaftlicher Vorsprung schmilzt, noch für eine gezielte Strukturpolitik und für eine wirksame Förderung des Mittelstandes gesorgt hat. Im Vergleich zu allen anderen Bundesländern herrschen zwischen den Regionen Bayerns die krassen Gegensätze, was die Lebensqualität anbelangt. Das gilt nicht nur für die Beschäftigungsmöglichkeiten oder das Pro-Kopf-Einkommen. Laut Landessozialbericht herrschen in unserem schönen Land Bildungsarmut und eine dramatisch hohe versteckte Armut. Es herrscht nicht nur ein drastisches wirtschaftliches Gefälle, sondern laut Landessozial-

bericht bestehen auch gravierende Unterschiede hinsichtlich Sterblichkeit und Lebenserwartung.

(Zuruf von der CSU)

– Also wenn Sie das lustig finden, ich finde es nicht lustig. Diese gravierenden Unterschiede bestehen zwischen dem Nordosten und dem Süden Bayerns. Wenn die Menschen von Ihnen, Kollegen der CSU, vernachlässigt werden, wirkt sich das also auch auf deren Lebensqualität und Lebenserwartung aus. Laut Pisa weist Bayern die größte Bildungsungleichheit in Europa auf.

(Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU): Jetzt hör aber auf!)

– Also Sie haben die Pisa-Studie offenbar nicht gelesen, Kollege Eykmann. Das würde ich Ihnen einmal empfehlen. Dort steht es nämlich ziemlich deutlich drin. Ich gebe es Ihnen anschließend und mache einmal ein Extempore für Sie, Herr Kollege.

(Zurufe von der CSU)

Wir fordern mehr Lebensqualität für alle Menschen in ganz Bayern. Eine interventionistische und sporadische Wirtschaftspolitik hilft da überhaupt nicht. Stattdessen brauchen wir eine Strukturpolitik, die auch in der Bildungs-, Forschungs-, Sozial- und Kulturpolitik für ein förderliches Umfeld sorgt.

Der zentrale Hebel für Bayerns Zukunft ist die Bildungspolitik. Es fehlt hier jedoch an individueller Förderung und an Chancengerechtigkeit. Pisa hat zwar die Stärken, aber vor allem eben auch die Grenzen des bayerischen Schulsystems aufgezeigt. Wenn Bayern wirklich zu den Spitzenländern gehören soll, Frau Kollegin Hohlmeier, dann muss einiges geändert werden. Wir können Sie nur dazu ermutigen, den Schulen mehr Freiheiten und Selbstständigkeit einzuräumen und zwar allen Schulen, also nicht nur den zwei Dutzend Modellschulen, die jetzt im Rennen sind.

Frau Stewens sollte umsetzen, was das Staatsinstitut für Frühpädagogik an guten Konzepten ausgearbeitet hat. Dabei werden wir Sie unterstützen. Statt noch länger zu diskutieren und erproben zu lassen, was längst als dringend nötig erkannt ist, müssen die beiden Ministerinnen zugunsten der Kinder, Lehrkräfte und Eltern handeln. Wir werden Sie dabei – wie gesagt – unterstützen, wenn es darum geht, moderne pädagogische Konzepte endlich auch in Bayern umzusetzen.

Dazu gehört es, den Kindern der vor Jahrzehnten Eingewanderten endlich alle Chancen zu eröffnen und sie gleichzeitig in die Pflicht zu nehmen. Bayern ist ein Einwanderungsland. Wer diese Wirklichkeit leugnet, wie der alte und wiederberufene Minister Beckstein, schadet uns allen. Von Herrn Beckstein erwarten wir da – ehrlich gesagt – überhaupt nichts mehr. Der ist so und bleibt so; da wird sich nicht mehr viel ändern.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

– Also es freut mich, wenn wenigstens eines Ihrer Kabinettsmitglieder ein bisschen Beifall bekommt, weil das, was ihr vorher geboten habt, war schon ziemlich lahm; da hing euch die Letschn ziemlich runter, muss man sagen. Im Vergleich dazu ist das jetzt schon ein Fortschritt. Das ist die CSU-Fraktion, wie ich sie kenne. Da, muss ich sagen, geht es jetzt wieder aufwärts.

Also zurück zu den Eingewanderten und ihren Kindern.

Wenn die beiden für Kinder und Jugendliche zuständigen Ministerinnen nur die Hälfte von dem umsetzen, was sie schon versprochen haben, dann bekommen wenigstens die Kinder der seit Generationen hier lebenden Eingewanderten eine Chance, sich als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger Bayerns zu fühlen. Das begrüßen wir.

Die augenfälligsten Fehlbesetzungen im neunten und in diesem Punkt ziemlich alt aussehenden Kabinetts gibt es natürlich in den Ressorts Landwirtschaft, Ernährung, Verbraucherschutz und Umwelt. Es ist kein Wunder, weil bei diesen Themen drei Viertel der Bevölkerung der CSU keinerlei inhaltliche Kompetenz zusprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

– Das sind die Umfragen. Ich habe sie nicht gemacht. Das ist so. Wo soll plötzlich die personelle Kompetenz herkommen? Es ist klar; vom Himmel fällt sie nicht.

Dass ausgerechnet der größte Loser des alten Kabinetts nun der Mini-Super-Minister für Verbraucher- und Umweltschutz werden soll, ist ein Schlag ins Gesicht aller Umwelt- und Verbraucherschützer.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Derjenige, der schon beim Dosenpfand, bei FFH-Gebieten und Factory Outlet Centern zeigen durfte, dass er nur zum Erfüllungsgehilfen der Wirtschaftslobby taugt, darf sich jetzt auch noch der Agrarindustrie gefällig zeigen. Werner Schnappauf hat sich schon in seinem alten Amt als ökologische Nulllösung erwiesen und jetzt gibt er die ökologische Doppelnulle.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Eberhard Sinner, der einzige, der bisher wenigstens so getan hat, als läge ihm wirklich etwas am Umwelt- und Verbraucherschutz – er hat wenigstens so getan – wird in die Staatskanzlei entsorgt. Josef Miller, der Handlanger der Agrarlobby, darf dagegen weiter kräftig hinlängen, in der Gewissheit, dass ihm hinsichtlich Fleisch und Futtermittel niemand im Kabinetts mehr auf die Finger schaut.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Damit ist das Verbraucherschutzministerium, das erst vor kurzem gegründet wurde, um lobbyfest zu sein, endgültig abgewrackt. Damit ist auch klar, was Sie, Herr Ministerpräsident, von Verbraucher- und Umweltschutz halten, nämlich nichts.

Die Menschen in Bayern sehen das anders. Sie wissen, dass Bayern in Fragen der Ernährung und der Umwelt den größten Handlungsbedarf hat; für gesunde Lebensmittel, für Klima- und Hochwasserschutz statt Flächenfraß. Es gibt allerdings niemanden in diesem Kabinetts, der das Gewicht hätte, um hier für Veränderungen zu sorgen. Es gibt niemanden, der stark genug wäre, um auf diesen Feldern etwas zu erreichen. Es gibt immer noch die ABC-Waffe des Kabinetts, das Zentralkomitee für Atom, Beton und Chemie Otto Wiesheu.

Unsere Emma Kellner hat vor fünf Jahren festgestellt:

Die Ernennung des Wirtschaftsministers Dr. Wiesheu, der an der Atomkraft und an der Kanalisierung der Donau festhält, zeigt, dass in dieser Regierung und in diesem Kabinetts Ökologie weiterhin als Störfaktor betrachtet wird. Auf ökologische Innovationen aus diesem Ministerium werden wir weiter vergeblich warten.

Leider ist Otto Wiesheu auch derjenige, der alles in den anderen Ministerien verhindert, wenn es um das Geld von Unternehmen geht, und zwar zulasten der Umwelt und der Menschen in Bayern. Jetzt wurde er explizit mit dieser Aufgabe betraut.

In Ihrer Begründung für die Abgrenzung der Geschäftsbereiche fordern Sie, Herr Ministerpräsident, unverhüllt den Vorrang der Wirtschafts- vor der Umweltpolitik. Im Sommer des letzten Jahres – es war noch Wahlkampf – haben Sie festgestellt: „Umweltpolitik ist natürlich eine zentrale Daueraufgabe.“ – Das wird sie in Bayern, wenn es nach Ihrem Kabinetts geht, auch bleiben. Das heißt: Wir GRÜNEN werden in Bayern noch lange gebraucht.

Zurück zum Kabinetts: Außer dem kleinen Mini-Super-Minister soll es auch einen großen Super-Super-Minister im Kabinetts geben. Der soll – das weiß wiederum die Abendzeitung – der Oppositionsminister gegen Rot-Grün werden. Das heißt, natürlich nur, wenn ihm seine übrigen gewaltigen Aufgaben dazu Zeit lassen. Er soll gleichzeitig gegen einen in Bayern übermächtigen Gegner kämpfen, nämlich gegen die Bürokratie. Das wird schwer genug, denn einige Probleme, Herr Ministerpräsident, unter denen die Menschen in Bayern zu leiden haben, werden durch Ihren veralteten Führungsstil verstärkt: Überregulierung, ausufernde Bürokratie, fehlende Planbarkeit und Verlässlichkeit bei Förderungen und Genehmigungen.

Vor 200 Jahren hatte Bayern Dank Montgelas die modernste Verwaltung Europas – das ist schon lange her. Seitdem blieb die Verwaltung grundsätzlich unverändert: zentralistisch, mit dem Durchgriff der Landesregierung über die Bezirksregierungen und Landräte hinein in die Kommunen. Verschärft wird dieses Prinzip durch die bis heute übliche Praxis des Landesherrn, sich in jedes Detail einzumischen und alles, was nur ein bisschen ins öffentliche Blickfeld gerät, zur Chefsache zu erklären. Die Verwaltungsprinzipien von Montgelas waren einmal modern, aber eben vor 200 Jahren. Moderne Verwaltung heute sieht völlig anders aus. Wer Bürokratie abbauen will, muss Kompetenzen nach unten verlagern und Verantwortung delegieren. Er darf die Bür-

gerinnen und Bürger sowie die Beamtenschaft nicht länger entmündigen. Für diese Aufgabe haben wir jetzt einen Superminister. Er soll alles richten, was zentralistische Regierungen in den letzten Jahrzehnten verbockt haben.

Super sind auf jeden Fall schon einmal die Ansprüche. Laut Zeitungsberichten schockte Ministerpräsident Stoiber vor einigen Monaten sein Kabinett, als er eine Verwaltungsreform Montgelas'schen Ausmaßes ankündigte. Es sei ein Raunen durch die Runde gegangen, gefolgt von kollektivem Stirnrunzeln, berichtete „Der Neue Tag“. Die „PNP“ feierte Huber als „Montgelas der Neuzeit“. Der Führungsstil ist jedenfalls sehr ähnlich. Napoleon war das Vorbild von Montgelas. Er vereinte mehrere Ministerien in seiner Hand – auch damals gab es übrigens schon ein Außenministerium, ein wirkliches, nicht nur ein so genanntes –, der Einfluss von Montgelas stand über alle anderen. Das Ergebnis seines Wirkens war ein Verwaltungsaufbau, von dem Ministerpräsident Stoiber 1996 stolz sagte, dass er in seinen Grundzügen bis in die Gegenwart erhalten geblieben sei. Das gelte für die Gliederung Bayerns in Bezirke ebenso wie für die Grundlagen des Verwaltungsprozesses oder des Beamtentums.

Der Historiker Thomas Nipperdey dagegen sprach von einer bürokratischen etatistischen Überzentralisation. Genau um diese Überzentralisation müsste es jedem gehen, der in Bayern wirklich Bürokratie abbauen will. Professor Udo Wolter hat über Montgelas, Reformen gesagt, Zentralisation oder Dezentralisation, Bevormundung oder Partizipation seien die Prinzipien, zwischen denen die politische Entscheidung zu treffen gewesen sei; damals bei Montgelas, das gilt aber auch heute. Montgelas hat sich laut Udo Wolter für das zentralistisch bürokratische Modell entschieden.

Heute ist es allerhöchste Zeit, den Menschen mehr Mitsprache und Teilhabe einzuräumen und auch in Bayern mehr Demokratie zu wagen. Nur so lässt sich der wachsenden Gleichgültigkeit und Politikverdrossenheit begegnen. Nur wenn die Politik die Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, werden diese die Politik ernst nehmen. Mitsprache einräumen und Verantwortung delegieren muss in eigenen Haus beginnen, mit dem Ressortprinzip, mit Zielvereinbarungen und mit einer transparenten Haushaltspolitik. Montgelas, der allmächtige Minister, der sich um jedes Detail kümmerte, der Motor der staatsrechtlichen Reformen und engste Berater des Alleinherrschers, ist heute fehl am Platz. Das napoleonische Staatsideal sollte auch in Bayerns neuer Regierung ausgedient haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, Herr Ministerpräsident, falls Sie und Ihre Mini-Super- und Super-Super-Minister nicht vom bürokratisch zentralistischen Modell des späten Absolutismus lassen wollen – unser schönes Bayernland wird auch das überleben. Ein französischer Agent hat im Jahr 1796, also unmittelbar bevor Montgelas mit seinen Reformen anfang, einen Bericht nach Hause geschickt, der zeigt, wie wenig das Lebensgefühl der Bayern von der Qualität seiner Regierungen abhängt. Er schrieb:

Der sicherste Beweis dafür, dass Bayern das irdische Paradies Deutschlands ist, liegt in der Tatsache, dass diese Provinz bisher im Stande gewesen ist, eine Regierung zu ertragen, die allgemein als die schlechteste aller schlechtesten Regierungen Europas anerkannt ist.

Nun ist das Kabinett, das uns heute präsentiert wurde, vermutlich nicht die schlechteste aller schlechten Regierungen, aber ein Superkabinett, wie Sie uns, Herr Ministerpräsident, gerne glauben machen wollen, ist es wirklich nicht. Hoffen wir, dass Bayern als irdisches Paradies so stark ist, um auch diese Regierung auszuhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Kollege Herrmann.

Joachim Herrmann (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Unterschied zum Kollegen Dürr weiß ich zugegebenermaßen wenig über die Qualität der bayerischen Regierung von 1796. Aber es zeigt, dass Sie auf der Suche nach bayerischen Regierungen mit schlechtem Ansehen offenbar schon sehr weit in den Geschichtsbüchern zurückblättern müssen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Dürr, die aktuellen Meinungsumfragen des Jahres 2003 in Deutschland zeigen jedenfalls, dass keine Landesregierung in Deutschland bei der Bevölkerung ein so hohes Ansehen genießt wie die bayerische, und das nun schon anhaltend seit etlichen Jahren.

(Beifall bei der CSU)

Dagegen hat der „Stern“ letzte Woche über eine Umfrage von Forsa berichtet, wonach laut Meinung von 50% der Befragten die Minister Eichel und Trittin bei einer Kabinettsumbildung ersetzt werden sollten; bei Minister Stolpe waren sogar 52% dieser Meinung. Selbst die Mehrheit der SPD-Anhänger ist der Meinung, dass diese Minister entlassen werden sollten. Das ist das aktuelle Ansehen der Bundesregierung.

Ich komme noch einmal auf das zurück, was Sie vorhin zur Größe des Kabinetts gesagt haben, Herr Kollege Maget. Wir wollen uns in der Quantität sicher nicht mit der Bundesregierung messen. Der Hauptunterschied liegt auf jeden Fall in der Qualität. Die Qualität der Bayerischen Staatsregierung ist in der Tat weit, weit besser als die der rot-grünen Regierungen in unserem Land. Zur Quantität möchte ich nur noch ergänzend auf die Zahlen von vorhin eingehen. Das „große“ Bundesland Mecklenburg-Vorpommern mit 14% der Einwohnerzahl Bayerns hat 20 Regierungsmitglieder. Schleswig-Holstein mit 22% der Einwohner Bayerns hat 16 Kabinettsmitglieder. Selbst Rheinland-Pfalz hat immerhin 18 Regierungsmitglieder. Auch im Vergleich zu anderen Landesregierungen, Herr Kollege Maget, kann man uns Maßlosigkeit, wie Sie es vorhin gesagt haben, nicht vorwerfen. Rufen Sie doch gleich bei Frau Simonis in Kiel

an und erzählen Sie ihr etwas von Maßlosigkeit. Dann können wir uns weiter darüber unterhalten.

(Beifall bei der CSU)

Es ist nicht meine Aufgabe, die einzelnen Mitglieder des Kabinetts zu kommentieren. Das, was Sie hier geboten haben, Herr Kollege Dürr, fand ich teilweise sogar etwas unwürdig.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann nur feststellen, in Berlin gibt es einen Bundeskanzler, der alle paar Monate neue Kommissionen einsetzt. Trotzdem geht nichts voran. Wir in Bayern haben einen Ministerpräsidenten, der eine kompetente und handlungsfähige Regierung bisher hatte und sie auch in Zukunft haben wird. Sie ist die richtige Mischung aus Kompetenz und Bürgernähe und aus Erfahrung und Erneuerung. Wir haben ein insgesamt überzeugendes Regierungsteam, und dieses hat daher auch das Vertrauen der CSU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Beschlussfassung. Wer der Berufung der Kabinettsmitglieder und der Bestimmung des stellvertretenden Ministerpräsidenten, wie vom Ministerpräsidenten vorgetragen, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist es mit der Mehrheit der CSU-Fraktion so beschlossen. Damit hat der Landtag gemäß Artikel 45 und 46 der Bayerischen Verfassung seine Zustimmung erteilt.

Die Bayerische Verfassung schreibt in Artikel 56 vor, dass sämtliche Mitglieder der Staatsregierung vor ihrem Amtsantritt vor dem Landtag den Eid auf die Verfassung zu leisten haben. Zur Eidesleistung bitte ich jetzt die Mitglieder der Staatsregierung, sich nach meinem Aufruf im Halbrund vor dem Rednerpult aufzustellen.

Ich rufe zunächst auf den Stellvertreter des Herrn Ministerpräsidenten und Staatsminister des Innern, Herrn Dr. Günther Beckstein.

Ich rufe auf den Staatsminister als Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform, Herrn Erwin Huber.

Ich rufe auf den Staatsminister für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, Herrn Eberhard Sinner.

Ich rufe auf die Staatsministerin der Justiz, Frau Dr. Beate Merk.

Ich rufe auf den Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herrn Dr. Thomas Goppel.

Ich rufe auf die Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Frau Monika Hohlmeier.

Ich rufe auf den Staatsminister der Finanzen, Herrn Prof. Dr. Kurt Faltlhauser.

Ich rufe auf den Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Herrn Dr. Otto Wiesheu.

Ich rufe auf den Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Herrn Dr. Werner Schnappauf.

Ich rufe auf den Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, Herrn Josef Miller.

Ich rufe auf die Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Frau Christa Stewens.

Ich rufe auf den Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, Herrn Georg Schmid.

Ich rufe auf den Staatssekretär im Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Herrn Karl Freller.

Ich rufe auf den Staatssekretär im Staatsministerium der Finanzen, Herrn Franz Meyer.

Ich rufe auf den Staatssekretär im Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Herrn Hans Spitzner.

Ich rufe auf die Staatssekretärin im Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Frau Emilia Müller.

Ich rufe auf den Staatssekretär im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Herrn Jürgen W. Heike.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu ergeben. Ich spreche den Kabinettsmitgliedern nunmehr die Eidesformel vor: „Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe!“ Ich bitte Sie, jeweils einzeln nachzusprechen „Ich schwöre es“ und, soweit Sie wollen, mit dem Zusatz „so wahr mir Gott helfe“, den Eid zu bekräftigen.

Herr Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Herr Staatsminister Dr. Beckstein.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister Huber.

Staatsminister Erwin Huber (Staatskanzlei): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Frau Staatsministerin Dr. Merk.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister Dr. Goppel.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Frau Staatsministerin Hohlmeier.

Staatsministerin Monika Hohlmeier (Kultusministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister Sinner.

Staatsminister Eberhard Sinner (Europaangelegenheiten): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister Dr. Wiesheu.

Staatsminister Dr. Otto Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister Dr. Schnappauf.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister Miller.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Frau Staatsministerin Stewens.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatssekretär Schmid.

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatssekretär Freller.

Staatssekretär Karl Freller (Kultusministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatssekretär Meyer.

Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatssekretär Spitzner.

Staatssekretär Hans Spitzner (Wirtschaftsministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Frau Staatssekretärin Müller.

Staatssekretärin Emilia Müller (Umweltministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Herr Staatssekretär Heike.

Staatssekretär Jürgen W. Heike (Sozialministerium): Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Alois Glück: Ich stelle fest, dass die Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung den von der Verfassung vorgeschriebenen Eid ordnungsgemäß geleistet haben. Ich spreche Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Mitglieder des Kabinetts den Glückwunsch des Hohen Hauses aus und gratuliere Ihnen auch persönlich. Ich wünsche Ihnen für die vor Ihnen liegende Zeit und Arbeit alles Gute und viel Erfolg. Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Parlament.

Weitere Tagesordnungspunkte liegen nicht vor. Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Schluss 13.19 Uhr)

